

INLEIDENDE NOTA

van: het secretariaat

aan: de Conventie

Betreft: Verslag over het nationaal debat over de toekomst van Europa:
- Oostenrijk

Voor de leden van de Conventie gaat hierbij het verslag over het nationaal debat over de toekomst van Europa dat in Oostenrijk wordt gevoerd.

DEBATTE MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT IN ÖSTERREICH

Bericht der Mitglieder des Konvents Reinhard Bösch, Caspar Einem, Hannes Farnleitner, Gerhard Kurzmann, Eva Lichtenberger, Reinhard Rack und Gerhard Tusek.

Wien, 14/06/2002

Die österreichischen Mitglieder und Beobachter im Konvent messen dem Dialog mit der Zivilgesellschaft eine sehr hohe Bedeutung bei. Schon im Vorfeld des Konvents wurden daher von allen Konventsmitgliedern Diskussionsrunden zur Bestandsaufnahme veranstaltet, etwa mit einer entsprechenden Einladung an die österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Vertretung der Europaparlaments bereits am 25. Februar dieses Jahres. Man verständigte sich außerdem darauf, am 16. Juli 2002 im österreichischen Parlament eine große Konferenz unter Einbeziehung einer Vielzahl österreichischer NGOs durchzuführen.

Seit Beginn des Konvents nahmen die Aktivitäten im Rahmen dieser Debatte noch weiter zu. Es folgten Veranstaltungen mit VertreterInnen des Konvents und großen österreichischen NGOs: jene von Eva Lichtenberger, Caspar Einem und Max Koch (Sprecher von ‚SOS Mitmensch‘) in der ‚Zukunftswerkstätte‘; von Caspar Einem, Maria Berger, Proinsias De Rossa, Slavko Gaber im ‚Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog‘; von Reinhard Bösch im Rahmen eines Symposiums des Liberalen Klubs zum Thema „EU-Osterweiterung“ sowie von Hannes Farnleitner mit den Sozialpartnern in der Wirtschaftskammer Österreich und mit den VertreterInnen der Kirche und Religionsgemeinschaften in Kleinmariazell.

Auch in den Ländern und Gemeinden wurden zahlreiche Aktivitäten durchgeführt, zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang z.B. der von Maria Berger ins Leben gerufene ‚Oberösterreich Konvent‘ im international bekannten Ars Electronica Center des Bundeslandes, die Ausrichtung eines eigenen „Tirol-Konvents“ mit den KonventteilnehmerInnen Maria Berger und Hannes Farnleitner oder das Auswahlverfahren für die TeilnehmerInnen des Jugendkonvents der Steiermark auf die Initiative von Reinhard Rack, bei dem durch die Publikumswahl und einen Redewettbewerb im Rundfunk viel Aufmerksamkeit erreicht wurde.

Viel Gewicht wird der Beteiligung Jugendlicher zugemessen, nicht zuletzt angesichts des ‚Konvents der Jugend Europas‘ in Brüssel. So findet am 27. Juni auf Einladung von Bundeskanzler Schüssel eine eigene „Europarunde“ mit den Jugendlichen statt. Weiterst wird es auf einer von Maria Berger und Caspar Einem initiierten Tagung im Österreichischen Parlament für eine Reihe von Jugendorganisationen die Möglichkeit geben, ihre Standpunkte einzubringen.

Eine große Rolle spielen die elektronischen Medien – nicht nur im Sinne einer optimalen Öffentlichkeitsarbeit. Auf verschiedensten Seiten (<http://www.zukunfteuropa.gv.at>, <http://www.eukonvent.at>, <http://www.europakonvent.info>, <http://eukonvent.fpoe.at>) entstanden offizielle Foren, die von den BürgerInnen zur Partizipation genutzt wurden und bei denen eine immer stärkere Beteiligung zu verzeichnen ist. An zahlreiche Foren, die als solche ihren Anfang genommen haben, knüpfen sich zwischenzeitlich Real-Life Treffen.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Forum auf den Teletextseiten des Österreichischen Rundfunks (ORF) mit bisher fast 5 Millionen Zugriffen und über 500 Beiträgen aus allen Bevölkerungsschichten.

Tendenziell ist von den Jugendlichen ein stärkeres Bekenntnis zu Europa zu verzeichnen, aber auch insgesamt ist überwiegende Zahl der Beiträge pro-europäisch, trotz sachlicher Kritik an der EU. Großteils skeptisch waren die Zusendungen, die sich explizit auf die Erweiterung bezogen. Hauptkritikpunkte waren die fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten für die BürgerInnen, eine zu schwache Rolle des Europäischen Parlaments und die Vernachlässigung sozial-politischer Aspekte.

Darüber hinaus wurde die Wichtigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, des Ausstiegs aus der Kernenergie, der Transparenz und Verständlichkeit der Entscheidungen der Europäischen Union, der stärkeren Einbeziehung der Jugend, der transparenten Regelungen der Kompetenzverteilung und der Stärkung der Grenzregionen betont. Gewünscht wird ein gemeinsames Europa, aber auch die Wahrung der kulturellen und regionalen Identität.